

Benjamin Bäumer

Diskursinterventionen: Normativer Maßstab der Kritik und praktische Perspektiven zur Kultivierung öffentlicher Diskurse. Bericht zum Workshop vom 31.01. bis 1.02.2019, Universität Siegen

2019

<https://doi.org/10.25969/mediarep/16145>

Veröffentlichungsversion / published version

Rezension / review

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bäumer, Benjamin: Diskursinterventionen: Normativer Maßstab der Kritik und praktische Perspektiven zur Kultivierung öffentlicher Diskurse. Bericht zum Workshop vom 31.01. bis 1.02.2019, Universität Siegen. In: *Kulturwissenschaftliche Zeitschrift*, Jg. 4 (2019), Nr. 1, S. 43–48. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/16145>.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here:

<https://doi.org/10.2478/kwg-2019-0004>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 3.0 Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons - Attribution - Non Commercial - No Derivatives 3.0 License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Berichte

Benjamin Bäumer*

Diskursinterventionen Normativer Maßstab der Kritik und praktische Perspektiven zur Kultivierung öffentlicher Diskurse

Bericht zum Workshop vom 31.01. bis 1.02.2019,
Universität Siegen

***Benjamin Bäumer**, Germanistisches Seminar der Universität Siegen
E-Mail: benjamin.baeumer@uni-siegen.de

„Wenn man von der Linguistik spricht, muss man sich klar sein, dass man von Politik spricht“, antwortete Bourdieu (1992: 28) einmal darauf, inwiefern die Lösung politischer Probleme eine Frage der Sprache sei. Nun gehört die kritische Beschreibung und Analyse politischen Sprachgebrauchs nicht erst seit Herausbildung der Polito- und Diskurslinguistik zu den etablierten linguistischen Forschungsfeldern. Doch die gesamte Linguistik als Politikum? Ein Postulat, das bis heute nicht nur unter LinguistInnen Skepsis hervorrufen dürfte. Eine pauschale Amalgamierung des Politischen und Linguistischen dürften auch weder Bourdieu noch Gastgeber FRIEDEMANN VOGEL (Siegen) im Sinn gehabt haben. Dennoch: Das „Wiedererstarken von Nationalismus, Rassismus, kriegerischer Intervention und eine Verrohung der politisch-öffentlichen Kommunikation“ habe selbst „die stärksten ‚Deskriptivisten‘ der Community an der Solidität ihrer Trennung von ‚Wissenschaft‘ und ‚Politik‘ zweifeln lassen“ (Vogel 2018: 1–2). Das vorangestellte Streitpapier schien damit auf etwas zu verweisen, das längst zum sprichwörtlichen Elefanten im Raum (der Wissenschaften) herangewachsen sein dürfte.

Dies mag insofern schon als ein bemerkenswerter Befund erscheinen, als gerade die zum etablierten kulturwissenschaftlichen Methodkanon zählenden sprach- und sozialwissenschaftlichen Diskursanalysen das Zusammenwirken sprachlichen Handelns, domänenspezifischer Wissenskomplexe und sozialer Asymmetrien zu ihren genuinen Erkenntnis- und Forschungsinteressen zählen. Allerdings steht dem gemeinsamen Anliegen nicht nur die Realität mehrheitlich partikularisierter Binnendiskurse gegenüber, auch anwendungsorientierte Schnittstellen zu einer breiteren Öffentlichkeit, die Forschungsergebnisse innerhalb zivilgesellschaftlicher Praxis verwertbar macht, verbleiben als Desiderat.

Ziel des Workshops war es daher, Raum für einen konstruktiven Austausch zu schaffen, in

dessen Rahmen es zu diskutieren galt, welche Verantwortung die Diskursforschung für eine Kultivierung öffentlicher Diskurse trägt und – damit aufs Engste verzahnt – welcher normative Maßstab für *wissenschaftliche* Interventionen überhaupt infrage kommt. Darüber hinaus zählten zu den Zielvorhaben die Erarbeitung eines konsensfähigen Rahmens für eine gemeinsame Publikation sowie die Verständigung über ein konkretes Arbeitsvorhaben im Paradigma intervenierender Diskurslinguistik.

Die insgesamt sechs Workshop-Panels dienten ferner der Behandlung der Fragen: Was sind Konzepte und Praxis von (linguistischen) Diskursinterventionen? Welche Erfahrungen liegen bereits vor und was ist aus diesen im interdisziplinären Austausch zu lernen? Welche strukturelle Rolle spielt diskursive und habituelle Involviertheit von WissenschaftlerInnen für normative Interventionen? Wo können Anwendungs- und Kooperationspotenziale innerhalb der globalen Diskursforschung etabliert bzw. effizienter genutzt werden? Und nicht zuletzt: Wie vermeidet man es, Diskursinterventionen zum Glasperlenspiel werden zu lassen?

Die interdisziplinäre Ausstrahlungskraft des Workshops signalisierte ein breit gefächertes Interesse an der Behandlung dieser Fragen: Neben zahlreichen ReferentInnen linguistischer Teildisziplinen beteiligten sich fachkundige VertreterInnen der Politik-, Rechts-, Medien- und Sozialwissenschaften sowie ausgewiesene ExpertInnen der journalistischen und medienschaffenden Praxis an der zweitägigen Diskussion.

Das Eröffnungspanel „Erfahrungen der Diskurskritik: Vorlage oder Problemfeld?“ diente dazu, sich über bisherige Erfahrungen mit Diskursinterventionen auszutauschen und Ansätze der akademisch-kritischen Diskursanalyse, wie dem „Unwort des Jahres“, gegenüber stärker anwendungsorientierten Interventionspraktiken, wie der Kommunikationsguerilla, abzuwägen. Mit

dem zweiten Panel „Normative Maßstäbe der Kritik I“ rückte bereits das praktische Anliegen des Workshops stärker in den Vordergrund, indem in einer ersten Runde die Aushandlung normativer Maßstäbe von Diskurskritik versucht wurde. Aufgabe der ReferentInnen war es, konkrete Konzeptvorschläge für normative Interventionsformen zur Diskussion zu stellen, die auf der Grundlage transparenter und konziser Theoriebildung zugleich Impulse für eine kollaborative Weiterentwicklung liefern sollten. Panel drei „Pflege der öffentlichen Diskursmoral: Erfolgsmodell oder zum Scheitern verurteilt?“ bot Gelegenheit, mit VertreterInnen journalistischer Medienpraxis in den Dialog zu treten. Neben einem kritischen Erfahrungsaustausch von Wissenschafts- und Medienpraxis bot sich die besondere Möglichkeit, die Realisierung konkreter Kooperationen und Schnittstellen ins Gespräch zu bringen. „Normative Maßstäbe der Kritik II“ schloss als viertes Panel an die Ergebnisse des zweiten Panels an und erweiterte diese um zusätzliche Perspektiven aus Medien-, Sozial- und Sprachwissenschaften. Das fünfte Panel „Interventionsmöglichkeiten gegen rechte Ideologien: analog & digital“ sowie das abschließende sechste Panel „Linguistische Diskursintervention – konkret“ stellten schließlich Methoden- und Praxisverfahren in den Vordergrund. Während zunächst aktuelle Analysen und Erfahrungswerte mit Interventionen durch und gegen rechte Diskursstrategien im Kontext normativer Maßstäbe und akademischer Handlungsspielräume verortet wurden, präsentierten im Übergang zur Abschlussdiskussion Noah Bubenhofer (Zürich) und die Forschungsgruppe „Diskursmonitor“ (Siegen) Projektbeispiele aus den empirischen Sprachwissenschaften, wie domänenübergreifende Informations- und Anwendungsangebote computergestützter Diskursforschung intervenierend eingesetzt werden können.

MARTIN REISIGL (Wien) erinnerte im ersten Panel nicht nur an die reziproke Beziehung von Deskription und Praxis kritischer Diskursinterventionen, sondern auch an die für WissenschaftlerInnen spezifischen diskursiven Partizipationsbedingungen: Wirkmächtige Diskursinterventionen seien nur aus machtvollen Positionen heraus realisierbar, über die LinguistInnen außerdisziplinär nur eingeschränkt verfügten. Ob das „Unwort des Jahres“ nachhaltige Diskurskritik noch leis-

ten könne, stellte MARTIN WENGELER (Trier), selbst Mitglied der Unwort-Jury, zur Diskussion – besonders da die Jury bewusst moralisch-ethische Kriterien stärker gewichte als linguistische. HAGEN SCHÖLZEL (Jena) nahm die regelbrechende Interventionspraxis rechten Populismus zum Anlass, um für zeitdiagnostische Kritikmaßstäbe zu plädieren. Gegenwärtige Debatten fokussierten sich auf Problemkonstellationen, deren binäres Spannungsverhältnis („objektiver“ Wahrheitsdiskurs vs. „populistische“ Diskurshegemonie) den Blick auf jenseits der Diskursebene liegende, „echte Kontroversen“ versperre. Diskursinterventionen als soziale Praxis zu begreifen, so WOLF-ANDREAS LIEBERT (Koblenz), gehe zugleich mit dem Aporisma reflexiver Diskursforschung einher: Um der untersuchten Sozialität in ihrer Komplexität gerecht zu werden, müssen Intervenierende ihr eigenes Handeln fortwährend zum Teil der Analyse machen.

Die Berufung auf Menschen- und Grundrechte als normativer Maßstab sollte immer kritisch erfolgen, argumentierte RALPH CHRISTENSEN (Mannheim) zu Beginn des zweiten Panels. Grundrechte korrelierten nicht mit moralischen Universalien und die Verfassung ermögliche zwar die Frage danach, welche Gesetze Recht oder Unrecht seien, im Zentrum normativ begründeter Interventionen sollte jedoch idealerweise eine diskursive Gewaltenteilung stehen. EKKEHARD FELDER (Heidelberg) schlug vor, durch Form-Funktions-Wirkungs-Analysen zur Dialogisierung von Wissen, auch über die Domänen der Wissenschaft hinaus, beizutragen. Es gelte die diskursive Konstruktion von Wissen und die damit verbundenen semantischen Wettkämpfe miteinander um Geltung konkurrierender Deutungsangebote transparent zu machen. Eine Ausdifferenzierung des Normbegriffs wurde von DOROTHEE MEERS (Bochum) Diskussionsbeitrag adressiert. Erst die begriffliche Operationalisierung ethischer Normen könne den Legitimationsrahmen für Diskursinterventionen auf der Grundlage bestehender präskriptiv-normativer und deskriptiv-empirischer Normen bilden.

Im dritten Panel riet CLEMENS KNOBLOCH (Siegen) davon ab, als WissenschaftlerInnen die Rollen der „moralischer Grenzwächter“ einnehmen zu wollen. Moralisation gehe zwar durchaus damit einher, dass Analyse von Empörungsreflexen verdrängt werde, als Machtressource sub-

alternativer Sprechergruppen sei sie dennoch notwendig und müsse daher differenziert bewertet werden. ANETTE LEITERER (NDR) sah eine der großen Herausforderungen im Spannungsfeld zwischen dem journalistischen Anspruch einerseits, mit den eigenen Adressaten in Dialog treten zu wollen, und der monodirektionalen Kommunikationsstruktur der Massenmedien andererseits. Als „demokratiekonstitutiv“ bezeichnete WOLFGANG LIEB (Köln) eine positionierte Medienkritik und -ethik. Zu sagen, „was falsch ist“, bedürfe transparent kommunizierter, verbindlicher Moralmassstäbe, um zugleich sagen zu können, „was besser wäre“. KATJA THORWARTH (Frankfurter Rundschau) dagegen sah die Frage danach vernachlässigt, welchen Inhalten und Akteuren wie viel Aufmerksamkeit geschenkt werden dürfe. Der Bezugsrahmen kritischer Medien verpflichte zu mehr als rein deskriptiver Berichterstattung, was auch bedeuten müsse, zwar bereit zu sein, über alles zu sprechen – nicht jedoch mit allen.

Mediale Kontrolle, verstanden als die Ausübung von Kontrolle mit Medien über Medien, erläuterte STPEPHAN PACKARD (Köln) im vierten Panel, sei als genuiner Gegenstand der Medienwissenschaft stets verbunden mit dem Anspruch aufklärerischer Kritik: Ziel müsse es sein, die Legitimationsbedingungen naturalisierter Machtverhältnisse zu hinterfragen sowie die ihrer spezifischen Medialität zugrunde liegende strukturelle, aber keineswegs interferenzielle Trennung von *message* und *content* sichtbar zu machen. DAVID SALOMON (Hildesheim) erläuterte, dass eine große Herausforderung für Diskursinterventionen darin bestehe, wissenschaftliche Praxis als politisches Engagement von sozialem Engagement glaubwürdig abzugrenzen. Diskurslinguistik arbeite nicht nur mit Sprache, sondern auch mit SprecherInnen: FRIEDEMANN VOGEL (Siegen) weitete den Skopus auf die Frage nach den Möglichkeitsbedingungen „demokratischen Sprechens“ aus. Demokratie als soziale Kommunikationspraxis zu begreifen, die Konflikte zwischen Gruppen gewaltfrei und verbindlich verhandelbar macht, verlange ebenjene defizitären Partizipationsbedingungen zu bearbeiten, die die Interessenartikulation bestimmter Sprechergruppen beschränke.

Hajo DIEKMANN-SHENKE (Koblenz) analysierte im fünften Panel am Beispiel von Twitter digitale Diskursstrategien rechtspopulistischer

Akteure und konnte dabei zeigen, dass die intentional konfliktfördernde Kommunikationsstruktur der Plattform Diskursinterventionen tendenziell kontraproduktiv bleiben lässt. Dezidiert rechte Diskursinterventionen, forderte TINO HEIM (Dresden), gelte es kritisch-nüchtern als im Diskurs ohnehin ubiquitäre Positionen zu entlarven, deren Begründungszusammenhänge sich schnell in repetitiver Trivialität erschöpfen. Die zwar eristisch motivierten, keineswegs aber trivialen Rationalitätskerne rechter Diskurse als politische Konfliktlinien ernst zu nehmen, sei dazu notwendig. Da die assoziative Aktivierung von Frames Negationen nicht berücksichtige, erörterte SABINE SCHIFFER (Frankfurt), läge die Kontrolle über Diskurshoheit nicht, wie häufig postuliert, bei den sozialen Medien allein, sondern auch bei der über diese reproduzierten Relevanzsuggestionen durch Medienschaffende.

NOAH BUBENHOFER (Zürich) eröffnete das sechste Panel und zeigte anhand visualisierter korpus- und computerlinguistischer Datenanalysen, was unter „Linguistischem Hacking“ als Diskursintervention verstanden werden könne: Eine kreativ-heuristische, experimentelle Methodenkritik jenseits des linguistischen Methodenkanons, die dazu beitragen könne, die wachsende Palette alinguistischer Methoden (z. B. Text Mining oder maschinelle Textproduktion) der eigenen Forschungslogik wieder anzunähern. Im Anschluss stellte die Forschungsgruppe DiMo (Siegen) den Aufbau eines Online-Portals zur Aufklärung und Dokumentation strategischer Kommunikation vor. Zielvorhaben sei es, aktuelle wie manifeste Diskursphänomene mithilfe qualitativer sowie computergestützter Verfahren für inner- wie außerakademische Öffentlichkeiten nicht nur sichtbar, sondern zugleich analytisch verwertbar zu machen. Weiterhin sollen auch bisher interdisziplinär parzellierte Ansätze der Diskursforschung systematisch vernetzt und für linguistische Laien verfügbar gemacht werden. Das Projekt ist unter www.diskursmonitor.de abrufbar, eine Arbeitsversion für die zweite Hälfte 2019 ist geplant.

Zusammenfassend kristallisierten sich aus den Diskussionen zwar Streitpunkte heraus, aber es konnten ebenso konsensstiftende Perspektiven entwickelt werden.

Strukturelle Dialogizität im Sinne Felders sowie die kommunikativen und damit demokratischen Teilhabebedingungen von BürgerInnen,

wie von Vogel gefordert, unterstützen zu wollen, schien als normative Zielsetzung weitaus weniger strittig als die daran anschließende Praxisfrage. Diese führe, wie insbesondere Salomon und Christensen glaubhaft machen konnten, kaum an politischen Machtfragen und damit an einer Positionierung innerhalb vorgeschalteter Konfliktfelder vorbei. Dass eine Pflege der Diskursmoral als der Versuch öffentlicher „Sprachregelung“ nicht nur kontraproduktiv, sondern ethisch abzulehnen sei, manche Tabus (z. B. Folterbefürwortung oder Holocaustleugnung) gleichzeitig jedoch durchaus berechtigt und geradezu notwendig blieben, um etwa den Entzug der eignen Dialogbereitschaft in antidemokratischen Diskursen nachvollziehbar begründen zu können, stelle weiterhin eine sowohl wissenschaftlich als auch medienpolitisch zu bearbeitende Herausforderung dar, deren Prämissen kontinuierlicher Reflexion bedürften, um nicht handlungslähmend zu wirken.

In diesem Kontext wurde ebenfalls die Trennschärfe linguistischer Analyse und politischer Intervention und damit das Spannungsverhältnis von Deskription und Präskription zur Debatte gestellt. Konsens konnte dahingehend erzielt werden, dass, auch wenn wissenschaftliches und politisches Handeln grundlegend getrennte Handlungsformen mit ebenso getrennten Zuständigkeitsbereichen seien, daraus jedoch nicht folge, dass linguistische Analysen keine politischen Auswirkungen haben dürften. Hervorgehoben wurde auch die Unterscheidung zwischen differenzierten, theoretischen Vorüberlegungen und tatsächlicher Erfahrungswelt: Da Interventionen vorangehende, systematische Deskriptionen prototypischer Diskursaktivitäten und -muster mit hohem Ressourcenaufwand einhergehen, werde eigentlich von Spontanität profitierendes Interventionspotenzial oft stark beschnitten.

Von diesen Überlegungen ausgehend wurden Ideen weiterentwickelt, wie linguistische Kompetenzen und Ressourcen verfügbar gemacht und zugleich die Ansprüche deskriptiver Analytik beibehalten werden können. Überzeugen konnte hier Schölzels Standpunkt, dass die bloße Übernahme bekannter Kommunikationsguerillatechniken, wie sie in der Tradition Umberto Ecos (1967) steht, ohne eine strategische Aktualisierung nur wenig Interventionspotenzial habe. Auch sprachkriti-

sche Ansätze, wie das Unwort des Jahres, müssten, wie Wengeler einräumte, mit Bedacht eingesetzt werden, um nicht mit dem Image einer „Sprachpolizei“ etikettiert zu werden. Diskursanalytische Ad-Hoc-Analysetechniken als didaktisch vermittelbares Methoden-Set zu entwickeln, wie von Liebert vorgeschlagen, aber auch der Aufbau eines Online-Portals zur Aufklärung strategischer Kommunikation in Form des Diskursmonitor-Projekts, erschienen den TeilnehmerInnen dagegen auch nach kritischer Auseinandersetzung als aussichtsreiche Vorschläge.

Zum Ausdruck gebracht wurde schließlich der gemeinsame Wunsch danach, die begonnene Arbeit im Rahmen eines Forschungsnetzwerkes fortzuführen, sowie in diesem Rahmen eine Sammelbandveröffentlichung als auch die Organisation vertiefender Workshops zu realisieren.

Für das *quo vadis?* emanzipatorisch engagierter Diskursforschung entwickelte der Workshop damit nicht nur konkrete Handlungsperspektiven. In den Diskussionen zeigte sich zugleich, dass es auch weiterhin als legitime Aufgabe der Diskursanalyse anerkannt wird, theoriegeleitete und empirisch fundierte Methoden der Diskursintervention zu erforschen. Besonders die Möglichkeiten computergestützter Analyse-, Distributions- und Vermittlungsverfahren halten dabei in vielen Teilbereichen der Geistes- und Sozialwissenschaften bisher unausgeschöpfte Potenziale bereit – gerade hier konnte der Workshop besonders innovative Impulse schaffen. Eine der zentralen Herausforderungen wird es bleiben, Gegendiskurse und Interventionen nicht nur kontinuierlich neu zu konfigurieren und zu stabilisieren, sondern die mediatisierte Funktionslogik strategischer Kommunikationsformen sowie ihre soziotechnisch zunehmend verdichteten Dispositive transparent zu machen. Das wird eine Linguistik alleine nicht leisten können. Entscheidend werden heterarchisch organisierte, kollaborative Kooperationen über Fach- und Domänengrenzen hinaus sein müssen. Ein stiller Grundsatz der Diskursforschung, wie Pêcheux (1983: 162) einmal treffend resümierte, konnte dafür in Siegen bekräftigt werden: Es geht letztlich doch „um eine ethische und politische Frage: eine Frage der Verantwortung“.

Literatur

- Bourdieu, Pierre (1977): Politik, Bildung und Sprache.
In: Steinrück, Margareta (Hrsg.): Die verbogenen
Mechanismen der Macht. Hamburg (1992): S. 13-29.
- Eco, Umberto (1967): Für eine semiologische Guerilla.
In: Eco, Umberto (Hrsg.): Über Gott und die Welt.
München (1995): S. 146-156.
- Pêcheux, Michel (1983): Der Diskurs: Struktur oder
Ereignis? In: Eichhorn, Ivo (Hrsg.): Ideologie und
Diskurs. Berlin (2019): S. 134-162.
- Vogel, Friedemann (2018): Von der Diskurslinguistik zur
Diskursintervention? Skizze und Diskussionsvorlage
zum Workshop Diskursintervention: Normativer
Maßstab der Kritik und praktische Perspektiven zur
Kultivierung öffentlicher Diskurse. Online verfügbar
(Stand 29.4.2019) unter: [http://diskursintervention.
diskursmonitor.de/wp-content/uploads/2018/11/
Diskursintervention_Workshop_Thesenpapier_Vogel_
v3-29112018.pdf](http://diskursintervention.diskursmonitor.de/wp-content/uploads/2018/11/Diskursintervention_Workshop_Thesenpapier_Vogel_v3-29112018.pdf).